Monatsbericht über die Entwicklung in Polen

Januar 1956

	Seite:
A. Innere Entwicklung	1
I. Politisches Leben	1
1) "Ich glaube nicht an den Fünfjahrplan..."	1
2) Deutsches Schulwesen in Niederschlesien	2
3) Besiedlung der Westgebiete	2
4) Ehemalige Funktionäre der Sicherheitspolizei eingekerkert	4
5) Aus der Front der Rückkehr-Aktion	4
6) Aus dem Privatleben eines guten Kommunisten	4

J A N U A R - J U L I 1956

Sonderbericht über die

Entwicklung in Polen

	15
B. Beziehungen zum Ausland	17
I. Aussenpolitische Beziehungen	17
1) ZAWADZKI gratuliert zu PIECKS Geburtstag	17
2) Gute Wehrmacht - schlechte Wehrmacht	17
II. Aussenhandel u.a.	
1) Luftfahrtsabkommen Polen-DDR	19
2) Polen baut industrielle Objekte im Ausland	20
3) Aussenhandelsbeziehungen Polen- CSR	20
4) Transportabkommen Polen-CSR	21
5) Polens Beteiligung an den Internationalen Messen 1956	21
6) Polens Aussenhandel 1955	21

Monatsbericht über die Entwicklung in Polen

Januar 1956

	Seite:
A. Innere Entwicklung	1
I. Politisches Leben	1
1) "Ich glaube nicht an den Fünfjahrplan..."	1
2) Deutsches Schulwesen in Niederschlesien	2
3) Besiedlung der Westgebiete	2
4) Ehemalige Funktionäre der Sicherheitspolizei eingekerkert	4
5) Aus der Front der Rückkehr-Aktion	4
6) Aus dem Privatleben eines guten Kommunisten	4
7) Der Papst zum polnischen Kirchenstreit	5
II. Wirtschaft	7
1) Erde ohne Geheimnisse	7
2) Steigerung der Energieerzeugung in Polen	7
3) Polen baut neue Schiffe, aber für die Russen	8
4) Staatsgüter bebauen Brachland	9
III. Kulturelles Leben, soziale Probleme u.a.	9
1) Niederschlesiens Kurorte nicht mehr Mode	9
2) Kampf gegen den Alkoholismus oder die Prämie?	10
3) Rolle der Gewerkschaften in einem Volksstaat	11
4) Internationale Kontakte der polnischen Gewerkschaften	14
5) Neue Vorschriften über Kündigungen	15
6) Auch das Strafrecht wird geändert	15
B. Beziehungen zum Ausland	17
I. Aussenpolitische Beziehungen	17
1) ZAWADZKI gratuliert zu PIECKS Geburtstag	17
2) Gute Wehrmacht - schlechte Wehrmacht	17
II. Aussenhandel u.a.	
1) Luftfahrtsabkommen Polen-DDR	19
2) Polen baut industrielle Objekte im Ausland	20
3) Aussenhandelsbeziehungen Polen- CSR	20
4) Transportabkommen Polen-CSR	21
5) Polens Beteiligung an den Internationalen Messen 1956	21
6) Polens Aussenhandel 1955	21

A. Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1) "Ich glaube nicht an den Fünfjahresplan..."

"Glos Pracy" vom 12. Januar brachte einen Artikel, der "Ein Gespräch mit einem Enttäuschten" zum Inhalt hatte:

"... als wir über das Thema Zukunft zu sprechen begannen, winkte er ab und sagte resigniert: Ich glaube nicht mehr an den Fünfjahrplan... Als wir vor ein paar Jahren über den Sechsjahrplan sprachen, war es gerade er, der ein Traumbild von allen erfüllten Wünschen im Jahre 1955 vor uns entfaltete. In einer grossen Vereinfachung sah es ungefähr so aus: 'Es werden neue Betriebe entstehen und in sozialistischen Städten werden sozialistische Menschen leben...' Genau so einfach hat er sich die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vorgestellt, die Entwicklung des Wohnungsbaues und des Aufbaues sozialer Einrichtungen. Genaue Berechnungen hat er sorgfältig vermieden. Als man im Jahre 1950 den Bau von 723.000 Wohnräumen im Sechsjahrplan ansagte, hat er diese Zahl nicht mit der Zahl der wohnungssuchenden Familien verglichen. Er lebte in der Illusion, dass im Jahre 1955 alle besser wohnen werden. Wir haben übrigens selbst in ihm solche Illusionen genährt, indem wir allgemein in der Presse schrieben: Aus den Kelleräumen, aus den Dachstuben werden die Menschen in sonnige und bequeme Wohnungen umziehen...

Heute ist er enttäuscht. Er bleibt auf der Strasse der Nowa Huta stehen und betrachtet die zerwühlten Bürgersteige. Er sieht nicht die Dächer der fertiggestellten Häuser, die Schlote und riesigen Hallen des Hüttenkombinats. Er sieht nur den zerwühlten Gehsteig und wundert sich, dass in einer sozialistischen Stadt solche Zustände herrschen. Er will nicht hören, dass wir in den letzten 6 Jahren nicht 723.000 sondern ca. 800000 Wohnräume fertiggestellt haben. Er ist enttäuscht, weil nicht alle, die es brauchen, neue Wohnung bekommen haben. Er sieht nicht die Schaufenster, wo bessere und mehr Waren als vor sechs Jahren ausgestellt sind. Er lenkt seine Aufmerksamkeit nur auf das, was es noch nicht gibt... Enttäuscht in seinem naiven Glauben an die 'wunderwirkende' Industriealisierung des Landes, äussert er heute Zweifel, ob man jetzt doch nicht lieber von diesem Weg abkehren und das Tempo der Industrialisierung nicht bremsen sollte.

Er war im Grunde genommen ein Anhänger einer Form des utopischen Sozialismus. Jetzt hat er seinen Glauben bankrott erklären müssen..."

2) Deutsches Schulwesen in Niederschlesien

Aus der deutschsprachigen "Arbeiterstimme" Nr. 21 übernahm "Trybuna Ludu" vom 30.1. den folgenden Beitrag:

"Die Zahl der deutschsprachigen Schulen bleibt auch im Jahre 1956 unverändert. Selbst solche Schulen, die nur von 11 Kindern besucht werden, bleiben weiter bestehen. Und solche Schulen existieren nicht nur auf dem Lande, sondern auch in so grossen Städten, wie Waldenburg.

Das polnische Ministerium für Volksbildung hat neulich viele Bücher aus der DDR bezogen, um die deutschen Schulbibliotheken zu vervollständigen. Sogar die kleinsten Schulen bekamen Bücher und wir können uns vorstellen, wie sich die kleinen Bücherfreunde freuen werden...

In diesem Jahre verlassen die ersten deutschsprachigen Pädagogen das pädagogische Lyzeum. Wir wollen darauf hinweisen, dass zahlreiche Schulen, besonders in der Wojewodschaft Köslin auf eine solch neue Blutzufuhr schon lange warten."

3) Besiedlung der Westgebiete

In Niederschlesien liessen sich im Jahre 1955 über 2.200 polnische Bauernfamilien nieder. Sie kamen aus den zentralpolnischen Gebieten. Die Mehrzahl von ihnen - 1.500 Familien - wurden auf den Staatsgütern beschäftigt. Der Rest trat in Kolchosen ein oder erhielt private Bauernhöfe. Alle Neusiedler bekamen vom polnischen Staat Zuwendungen, die nicht zurückgezahlt zu werden brauchen. Ferner gab es zinslose Kredite, sogar solche zur Renovierung von Wohnungen. ("Trybuna Ludu" vom 3.1.)

Ebenfalls über 2.200 Bauernfamilien kamen aus Zentralpolen nach Pommern (Wojewodschaft Köslin). Sie stammen hauptsächlich aus den Gebieten Lublin und Kielce. 1.642 Familien davon wurden auf Staatsgütern untergebracht, 195 Familien in staatlichen Forstbetrieben, 392 Familien traten in die Kolchosen ein oder siedelten als private Bauern. Weitere 240 renovierte Häuser warten auf neue Siedler. (Lt. "Trybuna Ludu" vom 18.1.).

In der Wojewodschaft Grünberg (entspricht etwa dem früheren Ostbrandenburg) siedelten sich im vergangenen Jahr über 2.000 Bauernfamilien an. Davon arbeiten auf Staatsgütern 1.200, der Rest in Privatwirtschaften oder Kolchosen. ("Trybuna Ludu" vom 21.1.).

Einen zusammenfassenden Bericht über die bisherigen "Erfolge" bei der Besiedlung und Durchdringung der ehemaligen deutschen Ostgebiete brachte Radio Warschau am 18. 1. Die Bedeutung, die man diesem Bericht beimass, geht auch aus dem Umstand hervor, dass man ihn in das Fremdsprachenprogramm des Senders übernahm. Seiner Anlage nach stellt er den Versuch dar, die im Westen verbreiteten Thesen über das angeblich leerstehende Land östlich der Oder und Neisse zu zerstreuen und zu beweisen, dass diese Gebiete einen rascheren Aufschwung nähmen, als wenn man sie den Deutschen gelassen habe. Hier ein Auszug daraus:

"Gegenwärtig werden die polnischen Westgebiete von beinahe 8 Millionen Menschen bewohnt, was, trotz der Zerstörungen in den Städten, der Bevölkerungszahl dieser Gebiete vor dem Kriege gleichkommt. In der Industrie dieser Gebiete ist über eine halbe Million Menschen beschäftigt. Was diese Ziffer bedeutet, wird klarer, wenn man weiss, dass in der polnischen Vorkriegsindustrie nur insgesamt 534.000 Werktätige beschäftigt waren. Wir haben die Häfen Stettin, Gdingen, Danzig (Szczecin, Gdynia und Gdansk) in aussergewöhnlich kurzer Zeit aufgebaut. Es wurden so grosse Betriebe aus den Trümmern emporgehoben, wie die Waggonfabrik PAFAWAG (Staatliche Waggonfabrik) in Breslau, das Textilkombinat POLSKA WELNA (Polnische Wolle) in Grünberg (Zielona Gora), die Glashütte in Pinsk u.a.
Der Wiederaufbau von Stettin schreitet rasch voran. In Breslau entsteht das grosse Kosciuszko-Wohnviertel. Im Rahmen des Sechsjahrplanes entstanden in den Westgebieten grosse neue Industrieviertel. Ca. 4 Millionen Hektar grossjunkerlichen Bodens wurde unter eine halbe Million polnischer Bauern verteilt. Wir haben über 3.000 km neue Eisenbahnlinien dem Gebrauch übergeben. 30.000 Meter Brücken errichtet und die Oder-Schiffahrt ausgebaut... Die Zahl der Theater, Kinos und Bibliotheken in den polnischen Westgebieten übersteigt heute den Vorkriegsstand. Das Ober- und Berufsschulwesen erfasst über 750.000 Schüler. Während es in der Vorkriegszeit dort nur drei höhere Lehranstalten gab, haben wir heute in diesen Gebieten - neben der Universität in Breslau und der medizinischen Akademie und der Technischen Hochschule in Danzig - eine Technische Hochschule in Gleiwitz, die medizinischen Akademien in Stettin und Rokitnica, die Landwirtschaftliche Hochschule in Allenstein, wirtschaftliche Hochschulen in Breslau, Stettin und Zoppot, die Akademie für Körperkultur in Breslau, Ingenieurhochschulen in Breslau, Danzig und Stettin u.a. Die Zahl der Hochschulstudenten beträgt heute über 40.000

gegen kaum 4.000 vor dem Kriege ... Die von uns angeführten Tatsachen - und man könnte sie noch mehr ausbauen und multiplizieren - beweisen: Polen hat seine Westgebiete nicht nur vollkommen bewirtschaftet, sondern ihnen neues Leben gegeben, es hat eine neue gewaltige Industrie errichtet, eine Reihe grosser langfristiger Investitionen durchgeführt, und niemand und nichts ist imstande, das Rad der Geschichte zurückzudrehen."

4) Ehemalige Funktionäre der Sicherheitspolizei eingekerkert

Wie "Trybuna Ludu" vom 8.1. meldet, wurden in Warschau 4 ehemalige Funktionäre des aufgelösten Ministeriums für Öffentliche Sicherheit wegen "Aussageerpressung und Anwendung anderer ungesetzlicher Mittel" zu Gefängnisstrafen zwischen 2 und 9 Jahren verurteilt.

5) Aus der Front der Rückkehr-Aktion

Das Präsidium der Regierung in Warschau beschloss, dass alle zurückgekehrten ehemaligen Berufssoldaten ihre Militärdienstgrade und Rentenansprüche, die sie vor ihrer Emigration erworben haben, behalten. Dieser Beschluss erstreckt sich auf alle Heimkehrer, unabhängig davon, wann sie nach Polen zurückkehrten, oder noch zurückkehren werden.

6) Aus dem Privatleben eines guten Kommunisten

"Zycie Warszawy" vom 22./23. Januar brachte folgenden Beitrag:

"Die Bewohner eines Hauses schlugen Alarm: Rettet die Frau und die zwei kleinen Kinder des Bürgers X. Er schlägt sie, misshandelt sie und lässt sie hungern. Die Nachbarn behaupteten übereinstimmend, dass diese Prügeleien und Krawalle vom Bürger X schon seit zwei Jahren tagtäglich veranstaltet würden. Manchmal käme das mehrere Male am Tage vor.

X. misshandelt seine junge Frau sadistisch. Er verstopft ihr den Mund, um sie am Schreien zu hindern. Wenn er nach Hause kommt und sie nicht augenblicklich öffnet, begrüsst er sie schon mit Ohrfeigen. Die Wohnung des Bürgers X. besteht aus einem grossen Zimmer, einer Kammer und einer Küche. Das Zimmer gehört aber allein ihm. Wenn er zur Arbeit geht, verschliesst er es. Für Frau und zwei Kinder bleibt ein kleines Kämmerchen. Die Lebensmittel hält er auf dem Balkon seines Zimmers unter Verschluss; mittags isst er nicht zu Hause. Das Wirtschaftsgeld für Frau und Kinder ist äusserst knapp bemessen.

Und nun die berechtigte Frage: Wer ist dieser ärgerregende Mensch? Warum darf er straflos auf diese Weise seine Familie behandeln? Der Bürger X hat eine akademische Bildung. Er bekleidet einen verantwortlichen Posten in einer Handelszentrale, ausserdem hält er Vorlesungen in einer Hochschule. Er ist dreissig Jahre alt, sehr begabt und ausgestattet mit einem grossen beruflichen und wissenschaftlichen Ehrgeiz... Er ist auch Mitglied der Partei und sogar ein Parteiaktivist. Sein 'Privatleben' war übrigens kein Geheimnis für seine Umgebung.

Und die Moral aus der Geschichte? Die Familienangelegenheiten des Bürgers X sind nicht und dürfen nicht als 'privat' betrachtet werden. So etwas darf man nicht ungestraft tun, um so mehr wenn man in der Partei ist. Es ist eine Pflicht jeder Parteiorganisation, in das private Leben eines einzelnen einzugreifen, wenn ein begründeter Anlass dazu besteht..."

7) Der Papst zum polnischen Kirchenstreit

In den Kirchenkampf, der von der polnischen Regierung durch Förderung der Bewegung "fortschrittlicher Katholiken" geführt wird, hat jetzt Pius XII. erneut eingegriffen. Anfang Januar richtete er ein Schreiben an den arrestierten polnischen Kardinal Stefan WYSZINSKI und die übrigen römischen Bischöfe Polens. Zum Anlass dieser Botschaft hatte Pius den 300. Jahrestag der Verteidigung des Paulinerklosters in Czenstochau gegen die "protestantischen Schweden" genommen. Auf dieses Ereignis bezogen schrieb Pius:
Dieser katholische Widerstand sei auch in einer Situation geleistet worden, als der protestantische Feind bereits das ganze polnische Land in der Hand gehabt habe. Dennoch habe der "Widerstand in letzter Stunde" die Lage von Grund auf geändert und den Keim dazu gelegt, dass Polen seine Unabhängigkeit und Freiheit wiedererlangen konnte.

Nach diesem historischen Rückblick beschäftigte sich Pius mit der gegenwärtigen Situation:

"Diese traurige Situation (der polnischen Katholiken) hat sich in ihrer offenkundigen Gesetzwidrigkeit nicht geändert, sondern eher verschlimmert. Was Euer Volk betrifft, so ist eine geschickte und zunehmende Aktivität jener zu bemerken, die versuchen, sogenannte Fortschrittlichkeit mit der christlichen Lehre zu vereinbaren und

diese dadurch ihrer Grundsätze und Wahrheiten zu berauben."

Diesen Tendenzen gelte es, so fuhr der Pabst fort, jetzt verstärkten Widerstand entgegenzusetzen. An die polnischen Bischöfe richtete er deshalb folgende Ermahnungen:

"Lasst die Polen im Geist nicht erlahmen trotz des Sturmes, der sie umtobt. Helft ihnen, die traditionelle Erben des Mutes sind, ruhig zu bleiben, standhaft und würdig, voller Glauben an den allmächtigen Gott, für den es kein Hindernis gibt und der die Mächtigen und Stolzen mit einem einzigen Atemzug zu strafen vermag ... Denn die Macht Gottes wird die Befreiung erwirken, wenn die Grundsätze des Denkens und Handelns nicht im Widerspruch stehen."

Abschliessend wendet sich Pius direkt an den vom Regime arretierten Bischof WYSZINSKI:

"Mehr als zwei Jahre sind vergangen, seitdem Du ungesetzmässig aus Deiner berühmten Hauptstadt entfernt wurdest. Wir haben diesbereits mit äusserstem Ernst und Nachdruck verurteilt und verurteilen es jetzt wiederum als ein Verbrechen, gegen das in vielen Ländern der Welt, wo Freiheit nicht nur ein leeres Wort ist, andere so heftig und einmütig protestiert haben. Heute wünschen wir Dir, Unserem geliebten Sohn, und den anderen Hirten, die mit Gewalt aus ihrer Diözese und den ihnen anvertrauten Kathedralen entfernt wurden, die Fülle der göttlichen Gnade und flehen, dass im Einklang mit Gesetz und Recht Eure früheren gesetzmässigen Ämter Euch zurückgegeben werden."

Dieser Aufruf des Papstes , der den polnischen Bischöfen zugesandt und auch propagiert wurde, ist offenbar darauf berechnet, der in letzter Zeit wieder angestiegenen Aktivität der kommunistischen "fortschrittlichen Katholiken" entgegenzuwirken und den Widerstand der Polen als eines traditionell stark katholischen Volkes zu beleben. In der Hervorhebung der verurteilten Kirchenfürsten kann man eine Widerlegung der Gerüchte sehen, die wiederholt von einem Kompromiss zwischen römischer Kirche und polnischer Regierung wissen wollten.

II. Wirtschaft

1) Erde ohne Geheimnisse

Unter diesem Titel schreibt "Zycie Warszawy" vom 5. Januar über die Tätigkeit der polnischen Geologen, die dauernd auf der Suche nach neuen Rohstoffen für die polnische Industrie sind. Die polnische Erde sei noch relativ wenig auf Bodenschätze erforscht, so dass man mit manchen Überraschungen rechnen könne.

"Für die polnische Geologie waren die letzten drei Jahre besonders erfolgreich. Die grössten Erfolge waren: Entdeckunge der Kokskohle im westlichen Teil des oberschlesischen Kohlebeckens und riesiger Schwefellager im Gebiet von Tarnobrzeg und Szydlowiec. Unsere Geologen haben Braunkohle in Kujawy und Grosspolen gefunden sowie neue Vorkommen von Erdgas in Karpaty und Eisenerz in Jajawy erschlossen. Ausserdem hat man festgestellt, dass wir im Gebiet von Krakau und Katowitz bisher nicht bekannte Lager von Zink- und Bleierzen, im Gebiet Lublin und Kielce von Phosphoriten, in Niederschlesien von Barit, in Swietokrzyski Gebirge von feuerfestem Lehm besitzen.
Wir wissen, dass wir über praktisch unbegrenzte Flammenkohlenvorkommen, über Steinsalze, Dolomit, Kalkstein, Gips und Glassand verfügen.
Wir müssen ausserdem, und das ist jetzt die Hauptaufgabe für die Geologen - nach Erdöllagern suchen. Es gibt Gründe für die Annahme, dass wir sie auch finden werden. Was wir weiter brauchen, sind Kokskohle, Eisenerze und Buntmetalle.
Eine einzige Fundgrube ist dabei Niederschlesien, das nie genügend geologisch erforscht wurde.
Die Entdeckung von Schwefel im polnischen Raum, dass uns an die Spitze der Weltproduktion bringen wird, war eine echte Weltsensation. Unsere Geologen sind zufrieden, wenn ihnen auch nur weniger sensationelle Entdeckungen gelingen..."

2) Steigerung der Energieerzeugung in Polen

Über die Lage im Energie-Sektor schreibt "Trybuna Ludu" vom 6. 1. :

"Während des Sechsjahrplanes ist in Polen eine Energiebasis entstanden, wie es sie bei uns noch nie gegeben hat. Die Energieerzeugung in Milliarden kWh nahm folgende Entwicklung:

1938 - 4,0
1949 - 8,3
1955 - 17,6.

In der Zeit von 1949 bis 1954 betrug der durchschnittliche Jahreszuwachs der Energieerzeugung in Polen 13,3 %, er war höher als in einem beliebigen Industrieland des Westens.

Während des Sechsjahrplanes hat die Energiewirtschaft grosse Investvorhaben realisiert, es wurden viele völlig neue Elektrokraftwerke erbaut. Die nunmehr in Betrieb genommenen Anlagen sind ungleich grösser und moderner als die der Vorkriegszeit.

Von grosser Bedeutung für eine rationelle Energiewirtschaft ist die Kupplung aller Betriebselektro-Kraftwerke und grosser Industrie-Kraftwerke in Polen - von Stettin bis Stalowa Wola - zu einem einheitlichen, energetischen System. Das Höchstspannungsnetz (110.000 und 220.000 Volt) wurde von 1987 km im Jahre 1950 auf 5596 km im Jahre 1955 erweitert. Vor allem wurde im Sechsjahrplan die 220.000-Volt-Linie, die die Bezirke von Schlesien, Lodz und Warschau verbindet - fertiggestellt. In den verflossenen sechs Jahren sind u.a. 258.III Bauerngehöfte elektrifiziert worden.

Im neuen Fünfjahrplan soll die Leistung der polnischen Elektrokraftwerke um rund 80 % erhöht, die Energieerzeugung indessen um etwa 70 % gesteigert werden, um im Jahre 1960 30 Milliarden kWh zu erreichen. Das hohe Tempo des Zuwachses der Energieerzeugung wird im kommenden Jahrfünft beibehalten werden. Es wird im Durchschnitt 12 % jährlich betragen."

3) Polen baut neue Schiffe, aber für die Russen

Polens Handelsflotte war vor dem Kriege sehr unbedeutend und betrug etwa 130.000 BRT. Jetzt ist sie mehr als verdreifacht und umfasst über 400.000 BRT. Sie reicht aber auch jetzt bei weitem nicht aus, um die Erfordernisse des polnischen Überseehandels zu bewältigen. Ausserdem sind diese Schiffe meistensteils hoffnungslos veraltert. Noch in den letzten Jahren hat man verschiedenen Schiffskäufe im Ausland getätigt, und dabei alte 43 und 30-jährige Veteranen gekauft.

Die Lage ist aber nicht etwa so, dass Polen auf die Auslandskäufe von Schiffen angewiesen wäre. Im Sechsjahrplan hat Polen eigene Werften ausgebaut und konnte im Jahre 1955 über 110.000 BRT Schiffsraum vom Stapel lassen. Insgesamt hat man in den letzten sechs Jahren über 350.000 BRT gebaut. Es wäre also durchaus möglich, dass Polen eine zwar kleine, aber durchaus moderne Handelsflotte besässe.

Diese neuen Schiffe werden jedoch nicht für die eigenen, dringenden Bedürfnisse gebaut, sondern für die Sowjetunion.
(Information aus "Glos Pracy" vom 17. 1. und "Zieoy Warszawy" vom 11.1.)

4) Staatsgüter bebauen Brachland

Wie "Trybuna Ludu" vom 9.1. meldet, haben die Staatlichen Landgüter im Jahre 1955 96.000 ha Brachland in Ackerland umgewandelt. Die grössten Gebiete wurden im früheren Ostpreussen bebaut. Um das Brachland wieder urbar zu machen, hat der Staat im Jahre 1955 350 Millionen Zlotys ausgeworfen. Allein für die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden im ehem. Brachland hat man 80 Millionen Zlotys bestimmt. Für dieses Geld hat man 800 Wohnungen für die festen Angestellten und 500 Räume in Arbeiterunterkünften für Saisonbeschäftigte gebaut. Das Blatt stellt fest, dass in den neuen Staatsgütern vieles noch fehle, vor allem sei die Zahl der Wohnungen ungenügend.

III. Kulturelles Leben, soziale Probleme u.a.

1) Niederschlesiens Kurorte nicht mehr Mode bei den Urlaubern

In den ersten Nachkriegsjahren waren die Kurorte Niederschlesiens (vor allem im Riesengebirge) grosse Mode bei den polnischen Urlaubern. Alle Zeitungen und Illustrierten brachten Berichte und Bilder aus Agnetendorf, Schreiberhammer usw. Sowohl im Sommer als auch im Winter waren diese Ortschaften ständig überfüllt.

Wie man aus "Trybuna Ludu" vom 3.1. entnehmen konnte, hat sich das jetzt geändert. Die Urlauber bevorzugen heute die traditionellen polnischen Ferienplätze im Gebirge, wie Zakopane, Krynica, Wisla usw. Der Reiz der Neuheit wirkt nicht mehr, eine Fahrt in die Sudeten ist keine "Entdeckung" mehr. Ausserdem fährt jeder dort hin, wo es ihm näher und bequemer ist. Und gerade in puncto Bequemlichkeit sind die niderschlesischen Kurorte sehr hinter den anderen zurückgeblieben. Man hat in den letzten zehn Jahren dort praktisch nichts investiert, die Zeitung stellt fest, dass manche Häuser schon beinahe baufällig geworden seien. Die Atmosphäre in diesen Ortschaften sei ausgesprochen langweilig und so zögen sie jetzt keinen mehr an.
Auch das kürzlich in das Propagandareservoir aufgenommene "Touristenabkommen zwischen Polen und der DDR" wird an der schlechten Lage der schlesischen Kurorte nichts ändern. Eine genauere Erklärung dieses

Abkommens durch Radio Warschau am 26.1.56 ergab nämlich, dass im Jahre 1956 lediglich 450 Deutsche als Touristen nach Polen einreisen dürfen (!). Die Erklärung des polnischen Rundfunks hatte folgenden Wortlaut:

"Der Touristenausschuss der Polnischen VR hat vor kurzem mit dem Büro für Jugend-Aktivität der DDR ein Abkommen über Reisen Jugendlicher getroffen. 450 polnische Touristen und eine gleiche Zahl deutscher werden diesen Sommer in den schönsten Orten Polens und der DDR verbringen.

Vom Mai bis Oktober 1956 werden Gruppen von je 15 - 20 deutschen Touristen eintreffen, die nach eigener Wahl an Wanderungen, Wasserfahrten oder Bergsteigen teilnehmen können. Der Aufenthalt jeder Gruppe wird 14 Tage betragen. Davon sollen jeweils vier Tage für den Besuch der grössten Städte und Industriezentren beider Länder verwendet werden."

2) Kampf gegen den Alkoholismus oder die Prämie?

Bekanntermaßen ist der Alkoholismus in Polen ein ernstes soziales Problem geworden. Der Staat tut alles mögliche, um dieser Gefahr Herr zu werden. Man hat unter anderem auch viele Einschränkungen im Verkauf der alkoholischen Getränke eingeführt, die aber, wie es sich jetzt zeigt, nicht viel nützen. Die Schuld daran trägt die Sturheit der Bürokratie. Alle staatlichen Läden, die Alkohol verkaufen, haben nämlich, wie andere Geschäfte, eine Umsatzhöhe auferlegt bekommen. Sind die Umsätze grösser als eingeplant, bekommen die Angestellten neben dem Gehalt auch eine Prämie, die nicht unansehnlich ist, weil sie bis 50 % des Grundgehaltes ausmacht. Erreicht man aber die eingeplante Umsatzhöhe nicht, so bringt der Angestellte viel weniger Geld nach Hause als sonst. Und sie sind nicht besonders gut bezahlt, diese Leute, die Alkohol verkaufen.
So ist es klar, dass jeder Angestellte eines solchen Ladens persönlich daran interessiert ist, möglichst viel Wodka u.a. zu verkaufen.
Er verkauft trotz des Verbotes auch an die Jugendlichen und auch an verbotenen Tagen Schnaps, weil er leben will.
Strafen helfen hier nicht viel; Überzeugungen noch weniger. So macht eine Bürokratie die Verwirklichung eigener Anordnungen unmöglich.
(lt. "Gazeta Handlowa") Nr. 4.)

3. Rolle der Gewerkschaften in einem Volksstaat

Am 13. und 14. Januar 1956 fanden die Beratungen des VII. Plenums des Zentralrates der Gewerkschaften statt. Der Vorsitzende des Zentralrates, Wiktor KLOSIEWICZ, hielt ein Referat über die "Mobilisierung der Belegschaften zur Erfüllung des Planes 1956 und die Intensivierung der gewerkschaftlichen Arbeit im Interesse der Werktätigen." Sowohl das Referat wie auch die Stimmen der Diskussion haben eine bekannte Tatsache bestätigt: Hinter dem Eisernen Vorhang besteht die Aufgabe der Gewerkschaften nicht etwa darin, die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen, sondern darin, als Antreiber zur Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne beizutragen. Diese Gewerkschaften haben deshalb auch den letzten Rest eines Kredites bei den Arbeitern verloren. Aus den Verlautbarungen des VII. Plenums geht hervor, daß die kommunistischen Gewerkschaften Polens bestrebt sind, ihre Autorität bei den Arbeitern wiederherzustellen. Hier auszugsweise Stimmen vom VII. Plenum, zitiert nach "Glos Pracy" vom 14., 15. und 17. Januar 1956:

Aus dem Hauptreferat von Wiktor KLOSIEWICZ:

"Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften in einem kapitalistischen System war der Schutz der Arbeiterschaft gegen die Kapitalisten und ihren Staat, der Kampf gegen die ökonomische und politische Ausbeutung. Eine durchaus andere Funktion hat die Gewerkschaft in einem Volksstaat, wo die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat. Bei uns besteht die Rolle der Gewerkschaften darin, die Arbeiterschaft gegen Entstellungen und Auswüchse des Verwaltungsapparates zu schützen. Dürfen wir die oft in den Betrieben hervorgetretene Tendenz, die Arbeitsgesetze zu umgehen oder zu verletzen, dulden? Diese Umgehungen und Verletzungen unserer Gesetze werden von den Organen der Wirtschaftsverwaltung vorgenommen und von unseren gewerkschaftlichen Organisationen toleriert. Nun müssen wir aber bedenken, daß jeder Fall der Überschreitung geltender Gesetze nicht nur einen direkten Schaden verursacht. Dieser direkte Schaden besteht darin, daß einem Menschen Unrecht geschah. Aber es gibt auch andere Schäden, andere Folgen, mit tiefer politischer Natur: Die Autorität des Volksstaates wird untergraben und auch das Vertrauen der Menschen zu ihm.

In vielen Betrieben herrschen Zustände, die man in einer sozialistischen Industrie nicht finden dürfte. In der Leichtindustrie z. B. hat sich die Praxis herausgebildet, die Vorschriften über die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen nicht zu beachten. Im Textilwerk in Zgierz läßt man z. B. von jeweils 2 Frauen Lasten bis zu 120 kg tragen, obwohl die Vorschriften nur bis 50 kg für zwei

Frauen erlauben. Im Flußhafen von Gleiwitz hat man Frauen an Schubkarren beschäftigt, die 160 kg schwer waren, während die zulässige Höchstgrenze 50 kg beträgt. In zahlreichen Betrieben der Papier-, Glas- und Baustoffindustrie hat man schwangere Frauen in der Nachtschicht beschäftigt.
Ähnlich sieht es auch mitden Jugendlichen aus. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß Jugendliche nachts und dazu je 10 bis 14 Stunden täglich beschäftigt werden.
Auch die Vorschriften, daß schwangere Frauen leichtere Arbeit bekommen sollen, ohne dabei in eine niedrigere Lohngruppe zu geraten, werden verletzt. Entgegen den Vorschriften werden auch schwangere Frauen entlassen.
Dasselbe haben wir in den Urlaubsfragen. In vielen Betrieben, sogar in ganzen Wirtschaftszweigen wie Transport, Post und Handel, gibt es viele Arbeiter und Angestellte, die keine Möglichkeit bekommen haben, den ihnen gesetzlich zustehenden Urlaub auszunutzen. Warum geschieht es so? Weil unsere Betriebsräte sich um solche Sachen nicht kümmern. Die Arbeitsgesetze werden so oft verletzt, weil unsere gewerkschaftlichen Organisationen passiv die gesetzwidrigen Entscheidungen der Verwaltungen hinnehmen. Die Leitung eines Betriebes wird sich natürlich noch sicherer fühlen, wenn die Gewerkschaft der Textilarbeiter in Grünberg offiziell eine Intervention verweigert, obwohl es sich um den Fall einer schwangeren Frau handelt, die beim Lastentragen beschäftigt war. Nicht nur das! Auch nach einem Schreiben des Zentralrates der Gewerkschaften wollen die Kollegen in Grünberg ihre Entscheidungnicht revidieren.
Nehmen wir ein anderes Beispiel. Vor einem Jahr hat die Regierung beschlossen, die Auswüchse der Verwaltung zu liquidieren und junge Menschen, die entsprechende Fachkenntnisse besitzen bezw. noch umlernen können, von der Verwaltung in die Produktion zu überweisen. Und was geschieht in Wirklichkeit? Es gibt zahlreiche Beispiele, daß im Einvernehmen mit den Gewerkschaften alte Leute entlassen werden, die nicht mehr umlernen können, die aber in kurzer Zeit pensions- oder rentenberechtigt geworden wären.
Eine andere Sache sind die zur Plage gewordenen Überstunden.
In der letzten Zeit werden in vielen Industrien immer öfter Überstunden gemacht, die nicht mit dem gesetzlichen Zuschlg von 50 und 100 % bezahlt werden. Die Verwaltung beruft sich darauf, daß die Arbeiter 'aus eigener Initiative' länger arbeiten, um mehr zu ver-

dienen. Wir sind aber der Meinung, daß, wenn sie schon länger bleiben, sie auch dementsprechend höher bezahlt werden müssen.
Was die Probleme des Arbeitsschutzes und der Arbeitshygiene betrifft, so ist es eine Tatsache, daß die Verletzung der betreffenden Vorschriften in jedem Arbeitsbetriebe auf der Tagesordnung steht. Diese Verletzungen werden von der Gewerkschaft geduldet und sogar auf die leichte Schulter genommen. Nicht nur, daß sich diesbezüglich nichts bessert, in vielen alten Betrieben, auch in vielen modernen neuerbauten Fabriken hat man die Erfordernisse des Arbeitsschutzes gänzlich übergangen. In manchen Betrieben mußten erst die Arbeitsschutzinspektoren ganze Abteilungen stilllegen, damit die notwendigsten Schutzmaßnahmen plötzlich erfüll-bar wurden.
Wenn wir über die Betriebsverträge sprechen, so belehren uns die bisherigen Erfahrungen, daß in vielen Betrieben diese Verträge durchaus einseitigen Charakter besitzen. Die Belegschaften halten sich an die Abmachungen und erfüllen die Produktionsverpflichtungen, die Direktionen dagegen kümmern sich um ihre Verpflichtungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, sehr wenig.
Zu den Hauptaufgaben der Direktionen gehört es, alle Bedingungen zu schaffen, um die reibungslose Erfüllung der Produktionsaufgaben zu ermöglichen. Die Betriebsräte dagegen sollen sich in erster Linie um die Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft kümmern, ferner um die Kontrolle des Arbeitsschutzes und der Arbeitsgesetzgebung, um die sozialistische Erziehung der Massen und um die Mobilisierung der Belegschaften zur Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne.
Eine richtige Zusammenarbeit zwischen der Fabrikdirektion und der Gewerkschaftsorganisation soll darin bestehen, daß beide Parteien ihre Aufgaben im Interesse des sozialistischen Betriebs und seiner Belegschaft erfüllen. Wenn aber die Gewerkschaftsorganisation diese Mitarbeit so auslegt, daß sie Mißbräuche und Überschreitungen durch die Verwaltung duldet und anstatt die Interesse der Arbeiter zu verteidigen mit den Direktionen Kompromisse schließt, kommt es zu unausbleiblichen Konsequenzen. Der Arbeiter betrachtet die Gewerkschaft nicht als Vertreterin seiner Interessen, sondern als ein weiteres Organ der Verwaltung..."

Zum Schluß der zweitägigen Beratungen wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

"Jede betriebliche Gewerkschaftsorganisation ist verpflichtet, die Interessen der Belegschaft zu verteidigen. Diese Pflicht zur täglichen Verteidigung der Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaften bedeutet Kampf gegen alle bürokratischen Entstellungen der Arbeit, gegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, gegen Verletzung der Arbeitsgesetze und Gesetze über den Arbeitsschutz, gegen die Nichterfüllung der aus dem Betriebsvertrag hervorgehenden Verpflichtungen der Fabrikdirektionen usw.
Die Verbesserung der Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen, die verstärkte Sorge um die Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen werden die Autorität der Betriebsräte stärken und die Arbeiterschaft mit der Gewerkschaft stärker verbinden."

4. Internationale Kontakte der polnischen Gewerkschaften

Während des VII. Plenums des Zentralrates der Gewerkschaften in Warschau hat der Sekretär des Rates, Zofia WASILKOWSKA, einen Bericht über die internationalen Kontakte der polnischen Gewerkschaften im verflossenen Jahre gegeben, in dem es u. a. hieß (lt. "Glos Pracy" vom 16. 1. 56):

"Im Jahre 1955 hatten die polnischen Gewerkschaften 72 Gewerkschafts- und Arbeiterdelegationen zu Gast, denen nahezu 700 Personen angehörten. Darunter waren 5 Delegationen aus Frankreich, 6 aus Großbritannien, 5 aus Westdeutschlnd, ferner Delegationen aus Italien, Österreich, Belgien, Finnland, Dänemark, Schweiz, Norwegen und Südafrika. Wir empfingen in unserem Lande 5 Delegationen aus der Sowjetunion und 27 Delegationen aus den Ländern der Volksdemokratie. Beträchtlich gewachsen ist die Zahl der polnischen Gewerkschaftsdelegationen, die ins Ausland reisten. Insgesamt sind 1955 64 Delegationen mit 475 Personen ins Ausland gereist, u. a. nahm eine starke Delegation an der "Europäischen Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands" in Leipzig teil.
Auf besondere Weise gestaltet sich die Verbindung der polnischen Gewerkschaften mit den britischen Trade Union. Außer der sich entwickelnden Zusammenarbeit mit vielen Gewerkschaftsverbänden europäischer Länder ist zu betonen, daß im vergangenen Jahre unsere Verbindungen mit den Gewerkschaften der Länder Asiens, besonders Japans und Indiens, eine Erweiterung erfahren haben.
Unser Bestreben ist es, mit allen Gewerkschaftsorganisationen ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung zusammenzuarbeiten. Deshalb werden wir auch mit aufrichtiger Befriedigung jede Initiative und jeden Vorschlag zur Zusammenarbeit begrüßen."

5. Neue Vorschriften über Kündigungen

Ein neuer Erlaß regelt die Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten. Gleichzeitig werden die alten, bisher geltenden Vorschriften aufgehoben. Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Erlasses sind folgende:
Eine durch den Arbeitnehmer verschuldete, fristlose Entlassung darf nur stattfinden, wenn dieser ein Verbrechen begangen hat, das rechtsgültig verurteilt wurde und seine weitere Verwendung unmöglich macht. Ferner wird sie bei schweren Verletzungen der Arbeitspflichten ausgesprochen, oder wenn aus eigenem Verschulden des Beschäftigten verboten wird, einen bestimmten Beruf auszuüben oder Posten zu bekleiden.
Der Arbeitgeber darf nur dann einen Arbeitnehmer fristlos entlassen, wenn das binnen 30 Tage, gerechnet von dem Tage erfolgt, an dem er die Umstände erfahren hat, die eine solche Entlassung rechtfertigen.
Der Arbeitgeber darf in bestimmten Fällen auch dann fristlos kündigen, wenn kein Verschulden des Arbeitnehmers vorliegt. Ausgenommen davon sind Tuberkulosekranke, Opfer von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten. Sie darf man erst nach sechsmonatiger Arbeitsunfähigkeit entlassen. In anderen Fällen von Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit beträgt diese Frist 3 Monate. In solchen Fällen bekommt der Entlassene noch weitere 6 Monate eine Unterstützung, die mehr als die Hälfte seines früheren Lohnes beträgt.

Wenn ein Arbeitnehmer verhaftet wird, erlöscht der Arbeitsvertrag nach drei Monaten seiner Abwesenheit vom Betriebe, es sei denn, daß Gründe für eine fristlose Entlassung aus eigener Verschuldung vorliegen. Obwohl der Arbeitsvertrag nach drei Monaten erlischt, darf der Arbeitgeber die Wiederanstellung nicht verweigern, wenn der Arbeitnehmer freigesprochen worden ist oder das Verfahren niedergeschlgen wurde. Der Arbeitnehmer muß sich jedoch binnen 7 Tagen zur Arbeit gemeldet haben.
Jede fristlose Entlassung darf nur mit Einwilligung des Betriebsrates geschehen. Jeder, der dennoch widerrechtlich entlassen wurde, darf gerichtlich eine Wiederanstellung betreiben. Für die Zeit der Nichtbeschäftigung darf er eine Entschädigung verlangen, deren Höhe bis zu seinem durchschnittlichen Lohn für die Zeit von drei Monaten geht.

6. Auch das Strafrecht wird geändert

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Änderung des Strafrechtes verwiesen werden, die im Jahre 1956 durch Verkündigung eines neuen Strafgesetzbuches erfolgen soll. Auf dem Ende Dezember stattgefundenen Juristen-

kongreß, dessen Materialien jetzt stückweise veröffentlicht wurden, konnte man eine Reihe von Hinweisen darauf finden.
Als neuer Begriff wurde das Wort "Volksrechts-Staatlichkeit" geprägt, auf der das neue Strafgesetzbuch aufgebaut werden soll.
Justizminister SWIATKOWSKI hat in seiner Ansprache Einzelheiten über den Entwurf des neuen polnischen Strafgesetzbuches mitgeteilt. Die gesamte Strafgesetzgebung in Polen basiert, wie SWIATKOWSKY erklärte, künftig auf den "sowjetischen Erfahrungen des Strafrechts, sowie den neuen Strafgesetzbüchern der Tschechoslowakei, Bulgariens und Ungarns." Polen wolle nicht weiterhin rückständig bleiben und in kürzester Frist das neue Strafgesetzbuch in Kraft treten lassen.
Der Entwurf, der in verschiedenen Abschnitten nach "Diskussionen mit den Werktätigen" noch korrigiert werden soll, behält "strenge Bestrafung für schwerste Vergehen" bei, während bei "anderen Vergehen in begründeten Fällen" Möglichkeiten für eine "Milderung des Strafvollzuges" bestehen sollen. Die Todesstrafe soll künftig als "Ausnahmestrafe für allerschwerste Vergehen" angewendet werden. Lebenslängliche Gefängnis- und Zuchthausstrafen sind nach sowjetischem Vorbild in 25-Jahre-Haft umgewandelt worden.
Ebenfalls nach sowjetischem Muster eingeführt wird die "Strafe der Besserungsarbeit auf freiem Fuß". Der Verurteilte muß an seinem bisherigen Arbeitsplatz oder in einem anderen Betrieb - wobei ihm allrschwerste Tätigkeit zugewiesen werden kann - diese Besserungsarbeit ableisten, ihm werden 10 bis 25 % des Verdienstes abgezogen.
Auf eine andere Neuerung wies Justizminister SWIATKOWSKI besonders nachdrücklich hin, die er als "Strafart von außerordentlich erzieherischer Bedeutung" bezeichnete. Der Verurteilte kann nach den neuen Strafgesetzbestimmungen mit einer Zusatzstrafe belegt werden, die ihm auf die Dauer von zwei bis fünf Jahren das Verbot auferlegt, sich in einem bestimmten Gebiet Polens aufzuhalten. Die Zusatzstrafe soll erst nach Verbüßung der Hauptstrafe Anwendung finden, und es ist anzunehmen, daß der Heimatort des Verurteilten jeweils in dem Gebiet Polens liegt, das der Verurteilte für die Dauer von zwei bis fünf Jahren nicht betreten darf. Die polnischen Juristen haben somit eine Abart der sowjetischen Verbannung, auf polnische Verhältnisse zugeschnitten, geschaffen, der auch abschreckender Charakter beigemessen wird.
Die Strafbestimmungen für Korruption sind verschärft worden, was verständlich ist, wenn man die unzähligen Korruptionsfälle in der polnischen Staatsbürokratie berücksichtigt, und selbst für "ungebührliches Benehmen"

wird es künftig ein Jahr Gefängnis geben; die Definition für "ungebührliches Benehmen" fehlt. Zuletzt sieht der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches noch die strafrechtliche Verantwortung für beabsichtigte oder unbeabsichtigte Zerstörung oder Beschädigung von "gesellschaftlichem Eigentum" vor.

B. Beziehungen zum Ausland

I. Außenpolitische Beziehungen

1. Zawadzki gratuliert zu Piecks Geburtstat

Das nominelle Oberhaupt Polens, der Vorsitzende des Staatsrates, Aleksander ZAWADZKI, sprach beim Ostberliner Festakt zu Piecks Geburtstag im Namen der polnischen Delegation. Lt. "Trybuna Ludu" vom 4. 1. führte er dabei u. a. aus:

> "Dank dem Siege der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und dank den Entstehen der Volksrepublik Polen und der DDR können jetzt die werktätigen Massen unserer Völker all das beseitigen, was uns in der Vergangenheit getrennt hat. Jetzt bauen sie gemeinsam ein Werk des Friedens und der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens. Diese von Grund auf neuen und äußerst vorteilhaften Beziehungen zwischen Polen und der DDR stellen die richtigen Schlußfolgerungen aus den schweren Erfahrungen der beiden Völker in den letzten Jahrzehnten dar und knüpfen an die langjährige Geschichte der Klassenkämpfe an, die vom polnischen und vom deutschen Proletariat geführt wurden. Diese Geschichte ... enthält so manches ruhmreiche Blatt über den gemeinsamen Kampf und die gemeinsamen Opfer der besten Söhne und Töchter unserer Völker. In dieser Geschichte ist der Name des Genossen Wilhelm PIECK eng verbunden mit den Namen Karl LIEBKNECHTS und Ernst THÄLMANNs und auch mit den Namen Rosa LUXEMBURG, Juljan MARCHLEWSKI und den Namen anderer Führer der polnischen Arbeiterklasse."

2. Gute Wehrmacht - schlechte Wehrmacht

Die Nachricht über die Umgestaltung der KVP in eine DDR-Wehrmacht mußte in Warschau sehr gemischte Gefühle hervorgerufen haben, wie das aus "Trybuna Ludu" vom 20. Januar zu entnehmen ist:

"Zu unserer Redaktion kam ein Student der Warschauer Universität und sagte: 'Ich muß zugeben, daß die Nachricht über die Bildung der Armee in der DDR eine instinktive Unruhe in mir verursacht hat.' Warum? - fragte ich. 'Weil das Wort ''deutsche Wehrmacht'' trotz allem im ersten Moment für mein Ohr unangenehm klingt.'
Die erste Reaktion entsteht also aus den emotionalen Beweggründen, obwohl wir wissen, daß diese Wehrmacht nichts gemeinsames mit der Vergangenheit und alles gemeinsame mit der demokratischen Zukunft Deutschlands. Obwohl das eine Wehrmacht der Arbeiter und Bauern, der Freunde jenseits von Oder und Neiße ist."

Eine Tatsache schien den Blatt wert zu sein, näher erklärt zu werden. In einer Zeit, in der alle Staaten des Ostblocks ihre Streitkräfte vermindert haben, entsteht innerhalb dieses Blockes eine neue Streitkraft.

"Wir freuen uns nicht, daß es dazu gekommen ist, aber nicht wir tragen dafür die Verantwortung. In Westdeutschland hat man die Rüstungsmaschine angekurbelt und eine aggressive Wehrmacht ins Leben gerufen. In dieser Situation ist eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses eingetreten. Eine notwendige Antwort war die Schaffung eines Hindernisses gegen die geplante Aggression. Dieses Gegengewicht sollen die DDR-Streitkräfte bilden. Die Bildung dieser deutschen Volksarmee ist auch mit polnischen Interessen übereinstimmend. Jede Barriere, die gegen die Revanchisten und Revisionisten errichtet wird, schützt direkt auch uns. Oder wäre es etwa besser für uns, wenn der Raum zwischen Oder und Elbe wehrlos und ungeschützt ist?
Die deutsche Volksarmee wird unser Vertrauen besitzen, wie es auch die DDR besitzt. Es wird nicht etwa irgendeine deutsche Wehrmacht sein, sondern die Armeedes Friedens und des Sozialismus."

Zum gleichen Thema schreibt "Glos Pracy" vom 20. Januar einen Artikel unter dem Titel: "Auch in unserem Interesse".:

"Die gestrige Presse brachte eine Nachricht, die für keinen Polen gleichgültig ist. Die Sache steht jedem von uns nahe. In dem großen Lager des Sozialismus schreiten u. a. auch unsere beiden Staaten: Volkspolen und die DDR. Der erste demokratische deutsche Staat ist zu einem Bollwerk geworden, das unsere westliche Grenze vor den westdeutschen Revanchisten und Militaristen schützt. Deshalb haben wir mit Genugtuung die Tatsache begrüßt, daß dieser von Bauern und Ar-

beitern regierte Staat zum Signatar des Warschauer Paktes wurde. Und jetzt zum ersten Male in der Geschichte schützt auch der demokratische deutsche Soldat unsere Sicherheit und die Sicherheit Europas.
Das polnische Volk hat oft seiner Genugtuung Ausdruck gegeben, solch einen deutschen Staat zum Nachbarn zu haben. Die polnische öffentliche Meinung begrüßt es, daß einem solchen Staate eine nationale Volksarmee jetzt zur Verfügung steht."

Polens Ministerpräsident Jozef CYRANKIEWICZ erklärte zur gleichen Frage bei den Beratungen des Politischen Ausschusses der Signatarstaaten des Warschauer Paktes in Prag am 27. Januar (lt. "Trybuna Ludu" vom 28. 1.):

"In Anbetracht der Militarisierung von Westdeutschland ist es eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen, diese Kräfte innerhalb des deutschen Volkes zu unterstützen, die sich den Frieden wünschen und bereit sind, ihn zu verteidigen. Diese Kräfte werden in erster Linie von der DDR repräsentiert.
Zu den Streitkräften der Signatarstaaten des Warschauer Paktes gesellt sich jetzt auch die nationale Volksarmee der DDR. Sie ist die erste deutsche Armee in der Geschichte, die mit den reichen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse verbunden ist."

An die Adresse der USA sagte CYRANKIEWICZ:

"Wir erleben dauernd Versuche, sich in die internen Angelegenheiten der Völker, die den Sozialismus verwirklichen, einzumischen. Das und nichts anderes bedeuten die hochmütigen und gleichzeitig grotesken Äußerungen gewisser Kreise zum Thema der "Befreiung" der Länder Osteuropas. Zu denjenigen, die uns befreien sollen, hat man neulich diejenigen avanciert, die wir nur zu gut kennen: Die deutschen Militaristen. Mit wessen Naivität rechnet hier Herr Dulles?"

II. Außenhandel u. a.

1. Luftfahrtabkommen Polen-DDR

Laut "Zycie Warszawy" vom 13. Januar wurde am 12. Januar in Warschau zwischen den polnischen Luftverkehrsunternehmen "LOT" und dem Luftverkehrsunternehmen der DDR "Deutsche Lufthansa" ein Abkommen über die Generalvertretungen und beiderseitige Dienstleistungen unterzeichnet.

Gemäß diesem Abkommen werden die Verkehrsmaschinen der "Deutschen Lufthansa" in den ersten Februartagen einen regelmäßigen Flugverkehr zwischen Berlin und Warschau aufnehmen. Die Flüge werden zweimal wöchentlich stattfinden. Der Flugpreis von Berlin nach Warschau beträgt 130,- Ostmark. Die Flugzeuge des polnischen Luftverkehrsunternehmens "LOT" verkehren schon seit mehreren Jahren auf dieser Strecke und unterhielten eine Flugverbindung zwischen den beiden Städten.

2. Polen baut industrielle Objekte im Ausland

Polnische Techniker werden bald eine dritte Zuckerfabrik und eine Kohlengrube in China sowie ein großes Kühlhaus in Bulgarien bauen. Außerdem wird Polen eine Gießerei in Ägypten und eine Eisenbahnlinie Bagdad-Mekka in arabischen Ländern bauen. Schon im vorigen Jahrhat man in China zwei Zuckerfabriken fertiggestellt. Es sind die ersten Schritte der polnischen Techniker und Bauunternehmen im Ausland.

3. Außenhandelsbeziehungen Polen - CSR

"Trybuna Ludu" vom 8. Januar schreibt:

"Die bisherige Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und der CSR ist ein typisches Beispiel für die Zusammenarbeit befreundeter Völker. Die CSR nimmt hinsichtlich der Höhe des Warenumsatzes in unseren Außenhandel den dritten Platz ein, Polen wiederum rangiert im tschechoslowakischen Außenhandel auf dem zweiten Platz. Polen exportiert gegenwärtig in die CSR Artikel von großer Bedeutung für die Wirtschaft dieses Landes, so Kohle, Zink, Erzeugnisse der Maschinenindustrie, landwirtschaftliche Erzeugnisse und andere Waren sowie elektrischen Strom. Im vergangenen Jahre wurden erstmalig in die Exportliste einige Werkzeugmaschinentypen, Hüttenwalzen sowie Hüttenscheren aufgenommen, ferner Förderbänder vom Typ 'Panzer', Ausrüstungen für Papierfabriken, Textilmaschinen, medizinische Geräte und Instrumente, Kugellager und kleinere landwirtschaftliche Ausrüstungen. Gegenwärtig bieten wir der CSR landwirtschaftliche Geräte, Schmiedemaschinen, Mühlen für mineralische Rohstoffe, weitere Textilmaschinen, Schubwagen, Elektrogeräte, Bergwerksgeräte, sowie Trawler, Schleppkähne und Segelflugzeuge an.

Durch den Austausch von Produktionserfahrungen, technischen Unterlagen, Experten und Fachleuten verschiedener Industriezweige, des

Handels und der Verwaltung unterstützen sich beide Länder gegenseitig bei der Einführung besserer Arbeitsmethoden. Es besteht ferner eine bedeutsame Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Fluß- und Seetransports, durch die der Außenhandel der CSR erleichtert wird."

4. Transportabkommen Polen - CSR

Am 13. Januar ist in Prag ein Transportabkommen zwischen den beiden Ländern abgeschlossen worden. Allgemeines Erstaunen löste der Verzicht der CSR auf die freie Zone im Stettiner Hafen aus, was im Kommuniqué mit der Behauptung erklärt wird, diese freie Zone habe sich mit der Zeit als überholt gezeigt. Die Eingeweihten in Warschau sprechen davon, die CSR werde jetzt mehr als bisher den Hafen benutzen, der geographisch gesehen dazu bestimmt sei, den Seehandel der CSR zu übernehmen: Hamburg.

5. Polens Beteiligung an den Internationalen Messen 1956

Polen wird in diesem Jahre seine Waren auf zwölf großen internationalen Messen ausstellen, die in vier Kontinenten stattfinden. Außer Leipzig wird Polen in folgenden Städten ausstellen: Paris, Casablanca, Wien, Stockholm, Zagreb, Plovdiv, Damaskus, Izmir, Soerabaja, London und Sao Paolo. Auf allen diesen Messen werden Erzeugnisse der Schwerindustrie, Maschinen und Werkzeugmaschinen verschiedener Typen, Verkehrsmittel, Hüttenerzeugnisse usw. im polnischen Angebot die wesentlichste Rolle spielen. Ein besonderes Interesse besteht polnischerseits an den Märkten des Nahen Ostens, Südostasiens und Südamerikas.

6. Polens Außenhandel 1955

"Zycie Warszawy" vom 10. Januar schreibt:

"Wir haben unseren Außenhandel sowohl territorial wie auch mengenmäßig und im Sortiment erheblich erweitert. Unsere Handelsvertreter gelangen immer öfter bis in die fernen tropischen Länder, die bisher für uns nur ein geographischer oder literarischer Begriff waren. Im Jahre 1955 haben wir viermal so viel Handelsvertreter ins Ausland geschickt wie 1954.

Zum ersten Male haben wir Handelskontakte und Verträge mit folgenden Ländern abgeschlossen: Sudan, Syrien, Burma, Ceylon, Paraguay. In Gange sind Gespräche mit Libanon. Wir erweiterten unsere Handelsumsätze mit Argentinien, Brasilien und Indonesien.

Unsere Umsätze mit kapitalistischen Vertragspartnern erweiterten sich im Vergleich zu 1954 um ca. 30 %.
Auch das Sortiment der von uns exportierten Waren hat sich geändert. Nach und nach exportieren wir immer mehr solche industrielle Artikel, die einen bedeutenden Arbeitsaufwand unserer Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und hoch qualifizierten Arbeiter enthalten. Im Jahre 1955 exportierten wir sechsmal mehr Maschinen und Industrieeinrichtungen als 1954.
Es ist nicht leicht, auf einem kapitalistischen Markt unsere Maschinen abzusetzen, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß sie dort bisher unbekannt waren und die Konkurrenz groß ist. Der Export unserer traditionellen Ausfuhrwaren, wie Kohle, Zink, Holz, Zucker oder Fleisch erfordert keinen Reklameaufwand. Ganz anders verhält es sich aber mit Werkzeugmaschinen, Autos und landwirtschaftlichen Maschinen. Das bisher vernachlässigte Problem der Werbung für diese Waren wird immer mehr akut. Wir müssen die Arbeitsmethoden unserer Außenhandelsvertretungen von Grund auf ändern..."

Auch Radio Warschau unterstrich in einem Kommentar, der ebenfalls über das Fremdsprachenprogramm lief, das große Interesse Polens am Ost-West-Handel, wobei die Erfolge des Außenhandels im Jahre 1955 als Beweis für die polnische Leistungsfähigkeit gewertet wurden. In diesem Kommentar hieß es u. a.:

"In der letzten Woche konnten wir Zeugen interessanter und zugleich bedeutungsvoller Begebenheiten in Bezug auf einen der empfindlichsten Punkte zwischen Ost und West. Im gegebenen Falle ist vom Handel die Rede sowie von den nicht weniger interessanten Aussichten für die Zukunft. Die hier aufgeführten Tatsachen sind aus dem Grunde bedeutungsvoll, weil die Handelsbeziehungen einen Barometer darstellen, der die geringsten Schwankungen in den internationalen Beziehungen auf das genaueste wiedergibt. Dieser Barometerhat gezeigt, daß das Genfer Klima vorherrschend ist trotz einiger Nebelbildungen oder vorübergehender Gewitter. Die an dem internationalen Handel interessierte Kommission der Vereinten Nationen drückte in ihrem zum Jahresabschluß abgefaßten Bericht offensichtlich das Bestreben aus, die Umsätze zwischen Ost und West ansteigen zu lassen. Die Einfuhrsumme von Waren nach Westeuropa aus Ländern des Ostens ist von 856 Millionen Dollr in den Jahren 1952/53 auf 1 Milliarde 856 Millionen

in den Jahren 1954/55 gestiegen.
Zur selben Zeit ist die Ausfuhr aus dem Westen nach dem Osten von 704 Millionen Dollar auf 1 Milliarde 600 Millionen Dollar gestiegen. Eine Tendenz nach oben in den Handelsumsätzen offenbart sich ganz unzweideutig. Diese verhältnismässig starke Zunahme ist erfreulich. Sie stellt im ganzen genommen den Anfang einer Entwicklung dar. Die Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Ost und West sind unter dem Einfluß des Jahres der Entspannung zustande gekommen.
Aus der großen Liste unseres Warenaustausches wollen wir hier nur die zwischen Polen und Ländern des Westens abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen erwähnen - wie z. B. Westdeutschland, Dänemark, Österreich, Schweden, Norwegen, Holland ganz abgesehen von Großbritannien, Frankreich und Italien, mit denen wir schon vordem Verträge abgeschlossen hatten. Es sei noch erwähnt, daß lebhafte Handelsbeziehungen zwischen Polen und den afrikanischen und asiatischen Ländern bestehen, wie z. B. Indien, Indonesien, Syrien und Burma. Wenn wir hierzu den Handelsvertrag zwischen Polen und Argentinien hinzufügen, haben wir ein Bild von den Handelsbeziehungen Polens in der Welt.
Diese Entwicklung trifft gleichfalls für die Sowjetunion und andere Länder des Sozialismus zu."